

Sozialdemokratische Arbeiterpartei

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POCHOVA 42. TELEFON 53677. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



15. Jahrgang

Samstag, 12. Jänner 1935

Nr. 10

Keine Vorwahlernervosität Wie Malypetr die Situation beurteilt

Prag. Nach dem offiziellen Bericht über die gestrige Pressekonferenz beim Ministerpräsidenten sagte Malypetr über die kommenden Wahlen unter anderem:

Es ist Pflicht unser aller, dafür zu sorgen, daß eine gewisse Ruhe, die bei einigen Einzelpersonen etwa zufolge der Nähe der Wahlen entsteht, nicht eine Erschlaffung bewirkt und nicht von dem festen Willen, alle Aufgaben zu erfüllen, abbringe. Wenn wir diese Aufgaben erfüllen werden, können wir ruhig den Termin der Wahlen einhalten, den wir uns gestellt haben, nämlich im Herbst, und dadurch einen neuen Beweis liefern, daß unsere Demokratie auch in einer so unruhigen Zeit fähig ist, eine nützliche und fruchtbare Arbeit zu leisten.

Es ist begreiflich, daß die Opposition bestrebt sein wird, die Handlungen der Regierung zu diskreditieren und sie als verfehlt und schlecht zu schildern. Es ist jedoch das Recht und die Pflicht der Regierung, dem mit entsprechenden Mitteln entgegenzutreten und Unbegründungen, Uebertreibungen in der Kritik, eine entstellte und unwahre Information, die oft hart die Grenze der gesetzlichen Vorschriften überschreitet, insbesondere das Gesetz zum Schutze der Republik, nicht zuzulassen, weil sie die Verbreitung alarmierender und aufwiegelter Meldungen, durch welche die Bevölkerung auf einen Abweg geführt werden könnte, darstellt.

Am Schluß befand sich der Ministerpräsident nach dem offiziellen Kommentar mit der (von uns wiederholt aufgeworfenen) Frage einer entsprechenden Propagierung der Regierung- und Koalitionsmassnahmen und teilte mit, daß die entsprechenden Vorkehrungen, insbesondere, was den Rundfunk betrifft, werden getroffen werden. Er warnte jedoch vor einer „Ueberschätzung“ nach dem Muster der Staaten mit autoritären Regimen.

Wie weit der amtliche tschechoslowakische Pressebericht noch davon entfernt ist, auch nur annähernd die Realität der Verhältnisse zu erreichen, wie sie in anderen — und nicht nur autoritären — Staaten nun einmal ganz selbstverständlich ist, zeigt auch diesmal ganz besonders der Umstand, daß die erste Seite des ziemlich umfangreichen offiziellen Berichtes über die Pressekonferenz von der deutschen Abteilung des tschechoslowakischen Pressebüros erst um 20 Uhr 27, die letzte um 23 Uhr 12 fertiggestellt wurde. Da die Redaktion der tschechoslowakischen Presse erst um der letzte Teil des offiziellen Berichtes erst um Mitternacht in den Redaktionen ein. — Einer solchen amtlichen Berichterstattung wird jeder praktische Journalist auch weiterhin nur achselzuckend und resigniert gegenüberstehen können...

Der „tote“ österreichische Marxismus

Wien. (Tsch. P. B.) Dieser Tage fand in Wien die erste Reichskonferenz der österreichischen Sozialisten statt, der im September vorigen Jahres die erste Wiener Konferenz der sozialistischen Delegierten vorausgegangen war. Die neue Konferenz legte die Richtlinien der sozialistischen Bewegung fest und setzte einen provisorischen geschäftlichen Ausschuss, bestehend aus drei Wiener und drei Provinz-Vertretern, ein. Dem Ausschuss gehören durchwegs neue Leute an. Einen weiteren Schritt wird nach diesen Beschlüssen ein Kongress der neuen Partei bilden.

(Es handelt sich, was aus der Meldung des Presse-Bureaus allerdings nicht ersichtlich ist, um eine illegale Tagung der Partei. Die Konferenz war auch nicht in Wien, sondern in einem Orte in der Umgebung Wiens verammelt. Sie bedeutet einen sehr wesentlichen Fortschritt des Renaissances der österreichischen Arbeiterbewegung: die Ausbreitung der Organisation der „österreichischen Sozialisten“ über das ganze Staatsgebiet.)

Ungewißheit bis Dienstag früh Wachsender Terror der Deutschen Front

Saarbrücken. Am Freitag wurde amtlich gemeldet, daß das Ergebnis der Abstimmung in der Wartburg nicht vor Dienstag 8 Uhr früh bekannt gegeben werden wird. Die Wartburg wird von Sonntag abends an durch britische Abteilungen mit Bajonetts bewacht werden. Die Zählung der Stimmen beginnt erst Montag um 17 Uhr.

Das Ergebnis des Plebiszits wird zunächst durch Rundfunk, u. zw. vom Vorsitzenden der Plebiszitkommission in deutscher, französischer und englischer Sprache bekanntgegeben werden. Sämtliche deutschen, französischen und englischen Sendestationen werden angeschloffen sein. Diese Mitteilung wird die erste und amtliche sein.

Die Journalisten werden Einzelheiten der Abstimmung erst zwei Stunden nach der amtlichen Mitteilung berichten können.

Am Freitag trat in den drei Sälen der Wartburg die Plebiszitkommission in voller Zahl zusammen, um die 101 Vorsitzenden der Wahlkommissionen in Eid zu nehmen, daß sie die Gesetze dieses Landes achten und wie Männer handeln werden, die sich der ihnen anvertrauten Rechte bewußt sind.

Die Führer der Status-quo-Bewegung sandten an den Völkerbundsrat ein Telegramm, in welchem es heißt: „Der unerhörte Terror der Nationalsozialisten gegen alle Parteigruppen und Zeitungen, die den Status quo proklamieren, wächst beständig an und vernichtet die garantierte Freiheit der Abstimmung. Wir protestieren dagegen aufs entschiedenste und fordern, daß der Völkerbund sofort einschreite.“

Die Havas meldet, wächst die politische Spannung, je näher der Abstimmungstag rückt. Es wurde zwar kein erster Zwischenfall gemeldet, aber zahlreiche Kundgebungen zeigen auf eine wachsende Spannung zwischen der Deutschen Front und der Freiheitsfront. Am Donnerstag vormittags wurden die Verkäufer der für den Status quo schreibenden Zeitungen bestraft, einem von ihnen wurde ein Auge ausgeschlagen. Nachmittags riefen die Nationalsozialistischen Ausdrückungen bei der Ankunft einiger Saarangehöriger aus Amerika hervor, wobei es zu Aufruern mit Kommunisten kam.

Freitag früh trafen zahlreiche Sonderzüge mit Abstimmungsberechtigten aus Saarbrücken, Halle, Leipzig, Hannover, Magdeburg, Dresden, Altona und Breslau ein. Die Führer der Deutschen Front haben ihren Anhängern verboten, sich auf dem Bahnhof einzufinden. Demgegenüber haben die Kommunisten ihre Anhänger aufgefordert, sich in geschlossenen Reihen zur Verfügung zu stellen.

Kleine Entente zur Mitarbeit bereit

Lissabon. Nach Beendigung der Beratungen der Außenminister der Staaten der Kleinen Entente wurde ein gemeinsames Kommuniqué ausgegeben, in dem es heißt:

Die drei Außenminister äußerten ihre Befriedigung hinsichtlich der Ergebnisse, die die von Mussolini und Laval geführten Verhandlungen gezeigt haben, und von denen sie überzeugt sind, daß sie im hohen Maße zur Stärkung, Wahrung und Organisation des Friedens beitragen werden. Sie beschlossen, daß sie mit allen interessierten Mächten zusammenarbeiten werden, um die Grundzüge der römischen Abkommen im aufrichtigsten Geiste durchzuführen, wobei sie Sorge tragen werden, daß gleichzeitig ihre nationalen Interessen ebenso wie das allgemeine Interesse

gewahrt werden, dessen treuer Vertreter die Kleine Entente stets war.

Im Hafen von Bordeaux sind am Freitag 35 Saarangehörige aus der Fremdenlegion eingetroffen, um an der Abstimmung in Saarbrücken teilzunehmen. Sie stammen aus den Garnisonen in Meknes, Fez und Marrakech.

Anlässlich der Ankunft der Wähler aus Deutschland hat die Saarbrückener Polizei besondere Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die von Deutschen persönlich geleitet werden. Reuigeren wurde das Betreten des Bahnhofes verboten. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Ratstagung schon heute

Genf. Da der britische Außenminister Sir John Simon am Samstag abend nach London abreist, wurde beschlossen, daß der Völkerbundrat bereits Samstag, und zwar vorläufig zu einer öffentlichen, wahrscheinlich aber auch zu einer geheimen Sitzung zusammentrete. Der Rat wird sich bereits mit der konkreten Lösung des Saarproblems befassen. Außerdem soll er für den Fall, daß dies notwendig wäre, das Mandat der dreigliedrigen Kommission für das Saargebiet, das mit der Beendigung des Plebiszits erlischt, verlängern.

Die Kapitalflucht an der Saar

Saarbrücken. (AP) Im Laufe der letzten 14 Tage sind auf französischen Konten, vor allem in Jorbach und Saargemünd, über 100 Millionen Franken eingezahlt worden. Die Frankentransfers haben ein solches Ausmaß angenommen, daß die Banken in den genannten Orten gezwungen waren, ihr Personal zu verdoppeln. In Saargemünd wurde sogar eine Bank neu eröffnet. Selbst in Mülhausen (Elsass) sind die Banken mit der Aufnahme von Frankeneinzahlungen aus dem Saargebiet vollbeschäftigt. Teilweise vollzieht sich die Frankentransferschleppung aus dem Saargebiet auf dem Umwege über Aktienkauf bei französischen Industrie-Unternehmungen und durch den Ankauf großer Grundstücke und Häuser, vor allem in Elsass-Lothringen. Allein von der Sparkasse in Saarlouis wurden in den letzten Tagen 21 Millionen Franken abgehoben.

Schon vor einigen Wochen hatte der Wirtschaftsleiter der NSDAP an der Saar, Sabloulé, vor Abhebung der Frankentransfers gewarnt und Zuchtstrafen angedroht. Man hat aber den Eindruck, daß mit dieser Drohung nur die kleinen Spitzer gemeint sind. Denn die Frankentransfers gehen überwiegend von kapitalkräftigen Kreisen aus — es werden wieder die altbekannten, bereits geläufigen Namen genannt —, sind aber in breiteren Kreisen bekannt geworden und haben große Erbitterung hervorgerufen, so daß sich Sabloulés genötigt sah, nochmals einen Aufruf zu erlassen, wonach man jede feindselige wirtschaftliche Auseinandersetzung innerhalb der Deutschen Front (also jede Diskussion über die Frankentransferschleppung) unterlassen möge.

gewahrt werden, dessen treuer Vertreter die Kleine Entente stets war.

Ministerpräsident Tschisch erklärte den Vertretern der Presse gegenüber:

Die Stellungnahme der Kleinen Entente bleibt wie sie bisher war. Die Aktion der Kleinen Entente wird sich auch weiterhin im Geiste der Verständigung entwickeln, wobei sie in der Verteidigung und in der Wahrung der nationalen Interessen entschlossen bleiben wird. Alle ihre Interessen und die Beziehungen zu den Ländern des Balkanpaktes hindert, wird die Kleine Entente fortfahren, den Interessen der allgemeinen Sicherheit und des Friedens zu dienen. Im Laufe der weiteren Aktionen wird man erkennen, was zur Erreichung dieses Zieles unternommen werden soll.

Die Außenminister Dr. Beneš und Titulescu sind um 17 Uhr nach Genf abgereist, während Ministerpräsident Tschisch nach Belgien zurückkehrte.

Sachliche Arbeit auch im Wahljahre

In der oppositionellen Presse können wir jetzt Tag für Tag die wildsten Meldungen darüber lesen, daß es in der Regierung förmlich drunter und drüber geht und die Koalition vollständig zerfallen und zu jeder Arbeit unfähig geworden ist. Während auf tschechischer Seite die „Nationale Vereinigung“ alle Register der Demagogie zieht, suchen auf deutscher Seite die Christlichsozialen die der Klein-Front gehörige Presse noch zu übertrumpfen. Wir können in aller Ruhe feststellen, daß es sich hier um nichts anderes, als um durchstichige Stimmung handelt und daß die Koalition in Wirklichkeit fest entschlossen ist, noch vor den Wahlen, die nach wie vor für den Herbst geplant sind, ein reichhaltiges Arbeitsprogramm zu erledigen, das die Fähigkeit der Demokratie erweisen soll, auch in einer wirtschaftlich und politisch so düsteren Zeit ihren Aufgaben gerecht zu werden. Auf Grund von Informationen, die der Ministerpräsident den Pressevertretern gegeben hat, können wir über die Probleme, mit denen sich die Regierung gegenwärtig beschäftigt, folgendes berichten:

Selbstverständlich stehen die wirtschaftlichen Probleme im Vordergrund. Hier handelt es sich einerseits um Maßnahmen, die unmittelbar der Arbeitsbeschaffung dienen sollen, andererseits um Maßnahmen zur Regulierung der Produktion und der Verteilung. Der Arbeitsbeschaffung sollen vor allem Investitionen dienen, die in so großem Ausmaß durchgeführt werden, als es die finanziellen Möglichkeiten zulassen. Vor allem ist an einen planmäßigen Ausbau des Straßennetzes gedacht, der die Verbindung unseres Straßennetzes mit den internationalen Verkehrsadern verbessern, Verbindungsstraßen zu dem Westen und dem Osten der Republik schaffen und eine Ausgestaltung der Verkehrsstraßen herbeiführen soll. Das ist natürlich ein großangelegtes, auf lange Zeit berechnetes Programm, mit dessen Verwirklichung aber gerade jetzt in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit begonnen werden soll.

Die Finanzierung dieser und anderer Investitionen erfordert natürlich Kreditbeschaffung und das Investitionsprogramm findet in den hier gegebenen kreditpolitischen Möglichkeiten seine Grenzen. Es darf nicht übersehen werden, daß die Kapitalkraft der tschechoslowakischen Bevölkerung geringer ist, als etwa in England oder in den nordischen Ländern. Immerhin erhofft man eine allmähliche Erleichterung der Verhältnisse auf dem Geldmarkt. Ein deutliches Symptom dafür, daß auch dem Staatskredit ein günstiges Zeugnis aussteht, ist die Tatsache, daß der Zinsfuß der Kassenscheine vor kurzem auf 4,5 Prozent herabgesetzt werden konnte (im Jahre 1921 betrug ihr Zinsfuß 8 Prozent).

Der Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten soll aber auch die Verkürzung der Arbeitszeit dienen. Es soll nochmals versucht werden, dieses Problem durch Vereinbarungen zwischen den Unternehmerorganisationen und den Gewerkschaften zu lösen, doch ist die Regierung entschlossen, wenn es notwendig wird, zu normativen Eingriffen zu schreiten, die sich andernorts bereits bewährt haben. Von der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich kann in einigen entscheidenden Industriezweigen eine Vermehrung der Arbeitsplätze um 10 bis 15 Prozent erwartet werden.

Im Zusammenhang mit den sozialpolitischen Maßnahmen, die der Arbeitsbeschaffung dienen, soll auch die obligatorische Arbeitsvermittlung geregelt werden. Diese soll noch in der Winterpause des Parlamentes erledigt werden.

Zu den brennenden Problemen der Sozialpolitik gehört auch die Sanierung der Wunderräden, deren Geburten jetzt, ohne gesetzliche Grundlage, durch staatlich garantierte Vorstöße aufrechterhalten wird. Um diesen Zustand zu überwinden, werden auch die Grubenbesitzer zur Leistung eines Beitrages herangezogen werden, worüber noch verhandelt wird.

Bei den Fragen der Regulierung der Produktion handelt es sich einerseits um einen gewissen Schutz des Gewerbes gegen die großkapitalistische Expansion in der Form von Einheitspreisgeschäften, Zirkeln

und Reparaturwerkstätten, andererseits um regulierende Eingriffe in die industrielle Produktion. Die Regierung denkt dabei an autonome Vereinbarungen, wie sie z. B. jetzt in der Brauindustrie bestehen, selbstverständlich unter Aufsicht des Staates. Besonders eingehendes Studium widmet die Regierung den Fragen der *Vergrößerung* der Produktion, die in einer eigenen Kommission studiert werden. In dieses Studium wird auch die Frage der *Grubenverstaatlichung* einbezogen.

Zu diesen wirtschaftlichen Problemen gesellen sich finanzielle. Der Aufschwung der Landes- und Bezirksbahnen ist nicht nur deshalb erfolgt, damit die entscheidenden Wablaste gleichzeitig durchgeführt werden können, sondern auch deshalb, damit den Funktionären der Selbstverwaltung, die eine Reihe schwerer Ratjahre durchgemacht haben, die Möglichkeit gegeben wird, wenigstens an der Einleitung des Gesundungsprozesses mitzuarbeiten. Darum gehört zu den aktuellsten Problemen die *Schuldensanbahnung* der Gemeinden. Die übermäßigen Schulden im Betrage von 2—3 Milliarden sollen von einer Zentrale der Landesgutsanstalten zur Verzinsung und Tilgung übernommen werden. Eine Hilfe für die Selbstverwaltung wird auch in der Form der besonderen Erwerbssteuer gesucht. Das Gesetz über die *Stabilisierungsbilanz* und die Bestimmungen des Steuerergusses über die steuerfreien Reserven haben den Ertrag der besonderen Erwerbssteuer außerordentlich herabgedrückt und damit auch die Zuschlagsbasis der Selbstverwaltungsförderung empfindlich geschnitten. Hier sollen nur gewisse Korrekturen vorgenommen werden.

Zu den finanzpolitischen Problemen gehört auch eine Wüderung des Gesetzes vom Jahre 1932 über den Verkehr mit *Motorfahrzeugen*, welches die weitere Entfaltung des Kraftfahrzeugens fördern soll, ohne den Schutz der Eisenbahnen außer acht zu lassen. Gleichzeitig sollen aber durch eine entsprechende Besteuerung der schweren Teile Maßnahmen für den Straßenfonds geschaffen werden.

Dieses Problem hängt natürlich mit dem Investitionsproblem ebenso eng zusammen, wie die Frage der Sanierung der Selbstverwaltung, da unmittelbar rentable Investitionen, wie Wasserleitungen, Markthallen, Gaswerke fast ausschließlich in den Bereich der Selbstverwaltung fallen.

Von den agrarpolitischen Fragen steht das Problem der *Regelung der Viehhaltung* im Stadium unmittelbarer Verhandlung. Das *Landwirtschaftliche Schuldenproblem* soll einer schrittweisen Lösung zugeführt werden.

Von politischen Fragen beschäftigt die Regierung die *Regelung der Rechtsstellung der politischen Parteien* und ihre innere Organisation, die im demokratischen Staat demokratisch und nicht auf dem Führerprinzip aufgebaut sein soll. Auch Maßnahmen zur Verhütung einer übermäßigen Parteienverteilung werden erwogen, wobei aber nicht etwa ein tief einschneidendes Eingriff gedacht wird, sondern nur daran, das Entstehen ganz kleiner Splitterparteien zu unterbinden.

Dieses reiche Arbeitsprogramm, zu dessen einzelnen Punkten die sozialistischen Parteien selbstverständlich gewissenhaft und in energischer Vertretung der Arbeiterinteressen Stellung nehmen werden, zeigt, daß die Koalitionsparteien gewillt sind, keiner Vorwahlstimmung zu unterliegen.

terliegen. Gewiß sind in einer so gegenständig zusammengefügten Regierungsmehrheit Konflikte und Ueberrassungen nicht ganz auszuschließen, aber die Absicht besteht, in aller Ruhe das Programm zu erledigen und, zum erstenmal in der Geschichte des Landes, nach Ablauf der verfassungsmäßigen Wahlperiode vor die Bevölkerung zu treten. Das ist unter so überaus schwierigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen unzweifelhaft ein Zeugnis für die Lebenskraft der Demokratie und es wäre nur zu wünschen, daß die Regierung ihre Absicht verwirklicht, auch propagandistisch aus ihrer bisherigen Meister herauszutreten und, ohne Goebbels-Methoden nachzuahmen, die Bevölkerung insbesondere durch den Rundfunk in einer leichtverständlichen Form über ihre Arbeiten zu informieren.

Wir haben uns hier darauf beschränkt, das Wesentliche von den uns zuteil gewordenen Mitteilungen zusammenfassend wiederzugeben, ohne uns auf die Kritik von Einzelheiten einzulassen. Aber gerade aus dieser knappen Wiedergabe ergibt sich, daß wir Sozialdemokraten absolut keinen Grund zu der uns von den Gegnern angebotenen Wahlversität haben. Wir werden, wann immer die Wahlen kommen, auf die geleisteten positiven Arbeiten verweisen können und sind überzeugt, daß diese sachliche und positive Mitarbeit bei den arbeitenden Menschen sachliche und positive Würdigung finden wird.

Oesterreichische Sorgen...

Garderegiment und Paradeuniformen

Wien. Wie das „Weltblatt“ mitteilt, wird in Wien ein Garderegiment des Bundesheeres errichtet werden. Für diese Militärabteilung werden die besten Soldaten aus den einzelnen Regimentern, die mindestens 174 Zentimeter groß sind, ausgewählt werden. Das Garderegiment wird eine Paradeuniform erhalten und wird zum Sicherheitsdienst im Bundeskanzleramt und in anderen Gebäuden der zentralen Bundesverwaltung sowie zum Ehrenschutz verwendet werden. Diese neue Abteilung wird in der Kaserne in der Stifgasse untergebracht werden.

Regierungsumbildung in Deutschland

Der „Daily Herald“ meldet aus Berlin, daß man dort in eingeweihten Kreisen für die Zeit nach der Sachabsimmung Veränderungen in der Hitler-Regierung voraussetzt, die den Wünschen der Reichswehr und der um Schacht gruppierten Wirtschaftskreise entsprechen. Als sicherste Opfer der Regierungsumbildung bezeichnen man den Landwirtschaftsminister Darré, dessen Siedlungspläne und Bauernpolitik den Großagariaten unangenehm seien, und den Führer der Arbeitsfront Loh, dem es nicht gelungen sei, das Vertrauen der Unternehmer zu erwerben. Aber auch die Stellung des Innenministers Fick (der gerade mit seiner „Reichsreform“ fertig ist) gelte als erschüttert, und ebenso könne mit dem Sturz Himmlers gerechnet werden, des Chefs der SS. und der Staatspolizei, der sich anscheinend der Reduktion und der „Reinigung“ dieser Organisationen zu lange widersetzt habe. Auch gegen Goebbels bestehen in der Reichswehr und bei den Wirtschaftsführern sehr starke Abneigungen, aber seine Wendigkeit habe bisher alle Angriffe gegen ihn erfolglos gemacht. Immerhin werde verändert, daß nur zwei Nazi-Minister ganz sicher in ihren Stellungen seien: der „Führer-Stellvertreter“ Heydrich, der keine eigene politische Meinung habe und „in hündischer Treue“ zu Hitler stehe, und der Luftfahrtminister Goering, der immer mehr zum Vertrauensmann der Reichswehr geworden sei.

schaffsführern sehr starke Abneigungen, aber seine Wendigkeit habe bisher alle Angriffe gegen ihn erfolglos gemacht. Immerhin werde verändert, daß nur zwei Nazi-Minister ganz sicher in ihren Stellungen seien: der „Führer-Stellvertreter“ Heydrich, der keine eigene politische Meinung habe und „in hündischer Treue“ zu Hitler stehe, und der Luftfahrtminister Goering, der immer mehr zum Vertrauensmann der Reichswehr geworden sei.

Kladnoer Bergherren treiben zum Bruch

450 Bergarbeiter gekündigt

Kladno. Den Revierräten aller Gruben der Prager Eisengesellschaft A.-G. wurden am Freitag die Listen der zum 19. d. M. zu entlassenden Bergarbeiter zugestellt. Laut Gesetz über die Revierräte sollen die Revierräte zu diesem Antrag der Unternehmer Stellung nehmen. Den Revierräten wurde eine Frist bis zum 17. d. M. gestellt. Insgesamt sollen in dieser ersten Etappe 450 Bergleute entlassen werden.

Die Präsidien der Revierräte hielten sofort im Bergarbeiterheim in Kladno eine Beratung ab, in welcher diese Forderung der Unternehmer abgelehnt und beschlossen wurde, an Stelle der Arbeiterentlassungen bei gleichbleibender Belegschaftszahl aller Gruben Wechselurlaube vorzuschlagen.

Eingreifen der Regierung

Aus den Mitteilungen des Ministerpräsidenten an die Journalisten, über die wir an letzter Stelle berichteten, geht hervor, daß das Vorgehen der Kladnoer Unternehmer, die entgegen ihrer Zusage, die Angelegenheit bis 15. Jänner ruhen zu lassen, den um eine volle Woche verfrühten Beginn der Verhandlungen erzwingen haben, nicht nur die Arbeiterschaft erbittert, sondern auch bei der Regierung har-

tes Befremden ausgelöst hat. Das Vorgehen der Grubenherren ist umso empfindlicher, als das Kladnoer Revier verhältnismäßig gut beschäftigt ist.

Die Regierung ist entschlossen, dahin zu wirken, daß das Lebenshaltungsniveau der Arbeiterschaft wenigstens auf dem jetzigen Stand bleibt. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten, das mit allen zuständigen Stellen und selbstverständlich auch mit den Gewerkschaftsorganisationen in enger Verbindung steht, arbeitet unangefochten in diesem Sinne.

Lebend eingemauert!

Die Opfer von Hohnstein

Vor einiger Zeit wurde das Konzentrationslager Hohnstein in Sachsen aufgelöst. Die schändlichen Mißhandlungen und Folterungen in diesem wie auch in einer Reihe anderer Lager sind in dem Buche „Konzentrationslager“ (Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad) der Weltöffentlichkeit mitgeteilt worden.

Nach der Auflösung gingen Gerüchte um, daß in den Kellern der Burg eine größere Anzahl von Schutzhäftlingen, die man zu Tode gequält habe, eingemauert seien. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet, es wurden Nachforschungen in der Burg Hohnstein angestellt.

Bisher sind durch Pioniere der Reichswehr 17 Leichen gefunden worden. Unter anderem wurden zwei Leichen von Häftlingen gefunden, die eingemauert worden sind. Ein Maurer war seinerzeit nachts aus dem Ort geholt worden. Ihm wurden die Augen verbunden und er wurde sodann nach der Burg gebracht. Dort mußte er eine Wand vermauern. Dann wurde ihm, der nichts gesehen hatte, Schweigepflicht auferlegt.

Nummehr wurde der Maurer von der Staatsanwaltschaft vernommen und von dieser von der „Schweigepflicht“ entbunden. Er hat sein Erlebnis geschildert und mußte die vermauerte Stelle bezeichnen. Er fand sie wieder und dann wurde die Mauer durch Pioniere geöffnet. Man fand zwei Leichen, an Händen und Füßen gefesselt und Anebel im Munde. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind diese beiden Opfer noch lebend eingemauert worden.

Mehrere SA-Leute, die als Hauptbeteiligte an den Mißhandlungen in Betracht kommen, sind seit Einleitung der Untersuchung verschwunden.

dar sich hin. Was wird jetzt sein? Jetzt erwartet man daheim den toten Lucien. Seine Frau wartete, seine Kinder warteten. Und dann? Wie sollte sie das alles erklären? Er ist an ihren Hüften gestorben, an Küssen, auf die sie keinen Anspruch hatte. Und Frau Madeline sagen: er hatte sie ja gern — aber mich — mich hat er geliebt. Fortgehen — und dann — alles — erklären?

Hier lag der tote Lucien; trübsinnig, Sie stand auf. Sie war ein Teil dieses toten Körpers und seiner entflohenen Seele. Lucien — noch gehst du mir! Morgen werden dich die Worte der Zeitungen wie Würmer durchkriechen. Du gehst mit mir; ich bin dein Schicksal!

Sie kreuzte seine Arme über seiner Brust und erschrak ob deren Kälte. Sie stellte die Lampe auf den Boden, damit sein Gesicht Ruhe habe. Dann trat sie an den Koffer und schob den Vorhang zur Seite, als wollte sie noch einmal ein Stück Lebens einsaugen. Die Lichter waren erloschen, die Dämmerung fiel. Die Zeit rulle dem neuen Tag entgegen. Auf dem Gang des Hotels knarrte eine Tür; Liebende, die heimgehen wollten, heimgehen konnten. Wieder knarrte eine Tür und wieder schlichen Liebende wie Diebe auf den Fußstapfen durch den Korridor. Für die gab es noch ein Morgen.

In dem düsteren Zimmer lag auf dem zerwühlten Bett der hart gewordene Körper ihres eigenen Lebens. Die Arme auf den Lippen sah sie wie tausend schwebende Augen an. In Germaine war noch immer Ruhe, verzweifelte, bleibende Ruhe; das Ende von allem. Die Stunden gingen dahin wie verurteilte. Sie wagte nicht wie spät es sei. Lucien hatte ihr eine Uhr versprochen; er wird sie ihr nie mehr schenken. Aber dort — in dem Rod auf dem Sessel — hatte seine Uhr. Er hatte den Rod abgelegt — für immer. Für immer war diese sitzende Uhr aus der Nähe des still gewordenen Herzens verbannt.

(Fortsetzung folgt.)

Babiola

Roman von
Olga Scheinpflugová

Copyright by Pressedienst E. Prager-Verlag, Wien

„Was, Germaine?“
„Daß du mich nicht mehr liebst.“
„Närrchen; was sollte da erst Madeline sagen?“

Das war seine Frau; das hätte er nicht sagen sollen; das war brutal wie ein Mord.

Germaine schluchzte. Lucien rührte sich nicht; er verdrängte sich selbst. Ein schwerer Druck lastete auf seinem Herzen. Er versuchte gar nicht, Germaine zu trösten. Sein Körper, von Babiola zurückgewiesen, konnte keinen Trost finden.

Im Hause gegenüber erloschen die Lichter. Im Zimmer wurde es dunkler. Lucien fiel ein, daß die Zeit verging und daß er, wie immer, plündernd daheim sein müsse. Er wollte nicht, daß Germaine in ihrer Verzweiflung verdarre. Er legte seinen Arm um ihren Hals und sie fiel auf seine Brust.

„So, sei schön brav und weine nicht mehr.“
Sie fühlte die Wärme seines Körpers und das weiche sie aus ihrer verzweifelten Erharrung. Sie tastete nach Luciens mustelösem Hals, den sie, als er sie noch liebte, mit Küssen bedeckt hatte und schrie: „Verlasse mich nicht! Verlasse mich nicht! Und sie küßte seinen bewegungslosen Körper. Ihre Tränen flossen auf seine Brust, ließen zu seinem Herzen und zerfloßen dort wie auf hartem Gestein. Sie drückte mit ihren schwachen Händen seine abgewehrten, erbarmungslosen Arme und hörte selbst nicht mehr, was sie sagte. Er erschrak vor ihrem Ueberdruß. Der Schmerz, der sie erschütterte, war furchtbar.

„Beruhige dich doch, Germaine; man könnte uns hören.“

Sie nahm seinen Kopf in die Hände, suchte die Augen, die sie vertreiben hatten, die für ihre kleine Person blind geworden waren und weinte ihre Tränen hinein. Er wollte sie trösten, aber ihre Worte und Hände wehrten ihn ab.

Selbst seine Liebesbezeugungen empfand sie diesmal als Rart. Sie ließ sich nicht beruhigen. „Daß mich — ich bin dir doch gleichgültig!“

Lucien war erschöpft.

„Sei doch schon ruhig, Kind; bist du krank?“

Sie war nicht krank; sie empfand nur immer klarer und klarer, daß sie heute das letzte Mal mit Lucien beisammen sei. In krampfhafter Bärtlichkeit preßte sie seinen Kopf an ihre Brust und sog den Duft seiner Haare ein. Er entzog sich ihr; er ließ, dann brutal. Er philosophierte die Philosophie der Männer; was will sie denn? Hat er sich ihr für alle Ewigkeiten verschrieben? Madeline war doch sein Weib und ein Engel dazu. Und er hat sie verlassen. Er gab diesem Gedanken Worte:

„Was treibst du, Germaine? Da ist Madeline eine andere Heldin.“

Seine Worte schnitten in ihr Fleisch und ihre Seele. Ein grenzenloser Haß stieg in ihr hoch. Worte fielen, die sich wie Pfeile in die Herzen bohrten. Lucien war erregt, bleich und häßlich. Germaine verlor völlig die Besinnung.

„Sieh mir in die Augen“, schrie sie. „Das letzte Mal sieh mir in die Augen, niemals sollst du froh werden können, wenn du mich nicht in die Augen siehst!“

Er wandte den Kopf zur Seite. Eine wilde Kraft durchstieß ihre Hände und wie rasend schüttelte sie sein eigenhändiges Haupt.

Lucien wurde sehr bleich; er wehrte sich; plötzlich schluchzte er sonderbar auf, sein Widerstand schwand, weit öffneten sich seine Augen — weiß in weiß, langsam und glanzlos schwammen die Augensterne wieder in die Höhe; sein Körper

guckte, als stiehe er an eine unsichtbare Mauer; dann rührte er sich nicht mehr.

Alle Widerstand Luciens war geschwunden — aber sein Leben auch. In furchtbarem, entsetzlichen Schrecken schrie Germaine:

„Nach keine Scherz!“

Es war kein Scherz. Er rührte sich nicht. Sein Körper ruhte vom Leben aus.

Sie fiel zur Erde; ihre Arme stießen an das Bett; sie schüttelte ihn kumpf. Ihre Stimme versagte. Er wird nie mehr erwachen! Es war geschehen; es war schrecklicher als seine Worte hätten sein können; das letzte Mal. War das ein Schlaganfall? Oft hatte er geklagt, daß das Herz ihm die Brust fülle. Oft war er seiner Kinder wegen in Sorge. Waren Aufregung, Kampf und Widerstand daran schuld? Und warum gerade jetzt? Warum war er jetzt tot für den Tod gewesen?

Sie brachte nicht die Kraft auf, nach seinem Herzschlag zu horchen; die unendliche Ruhe sagte ihr genug: er ist tot. Tot für mich, tot für Madeline, tot für Babiola, tot für alle...

Tot.
Und sie hatte ihn getötet. Sie, die neben seinem Bett kniete, sie — eine Statistin, ein ganz gewöhnliches Weib.

Eine unheimliche Ruhe überkam sie. Das Grauen schwand; auch ihre Seele schien entschwunden zu sein.

Seine Hände waren noch warm, aber so bleich wie sein Antlitz. Die Rote seiner Lippen dümmerte für immer dahin und die Augen — nein — nicht hinschauen —

Lange kniete sie neben ihm. Lucien — Lucien! Sie machte sich keine Vorwürfe. Ihre Armut hatte ihm den Tod gebracht; seine Liebschaft ihr —

Eine Stunde mochte verstrichen sein. Luciens Hände und Arme waren beinahe kalt. Das Gesicht wurde hart. Sie starrte ihn tränenlos an.

Sie wollte sich aufrichten, aber ihre Hände sanken kraftlos nieder. Sie setzte sich und brüllte:

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Eine Industrie stirbt

Wie rettet man die westschlesische Steinindustrie?

In der Sternberger „Vollmacht“ finden wir eine Darstellung über die Krise in der westschlesischen Steinindustrie. Wir entnehmen dem Artikel folgende Stellen:

In der Neujahrsnummer des „Neuen Tag-Blattes“ veröffentlichte der Freiwaldauer Sekretär des westschlesischen Steinindustriellenverbandes Dr. W. Kriemel einen größeren Artikel über die gegenwärtige Lage der westschlesischen Steinindustrie.

Über den Umfang der durchgeführten Rationalisierung bringt Dr. Kriemel einige Daten, die wir hier wiedergeben. So gab es im Jahre 1920 in der westschlesischen Steinindustrie ungefähr 200 Schleifmaschinen und etwas über 30 Trennsägen, welche letztere meist mit der Hand betrieben wurden. Ende 1934 verfügte dieselbe Industrie über mehr als 700 Schleifmaschinen, mehr als 100 Trennsägen und Gattersägen und über 24 Kardorundumsägen mit durchwegs maschinellen Antrieb. Die Leistungsfähigkeit der Schleifereien hat sich in den 14 Jahren vervierfacht, die der Sägen allein mehr als verzehnfacht, da eine motorisch betriebene Trennsäge mindestens zwölfmal soviel leistet als eine mit der Hand betriebene, ganz abgesehen davon, daß im Jahre 1934, es traf also eine vierfache Steigerung der Produktionsfähigkeit in den letzten 14 Jahren ein. Heute bestehen 145 Steinbruchbetriebe, also bedeutend mehr, als es nach Kriegsende gab.

Der gewaltig gestiegenen Produktionsleistung der westschlesischen Steinindustrie steht ein stark vermindertes Absatzgebiet gegenüber. Drei Viertel des gesamten Exports der Steinwaren stammt aus dem Bezirk

Freiwaldau. Hauptabgabengebiete waren die angrenzenden Länder Deutschland, Österreich, Ungarn und Polen, aber auch nach Rumänien, den Balkanländern und vor allem nach England ging ein beträchtlicher Teil der Ausfuhr. Es gelang nicht, den Westen Europas für unsere Steinindustrie zu erobern. Einige Ziffern demonstrieren den furchtbaren Niedergang dieser Exportindustrie.

Im Jahre 1928 wurden noch drei Millionen Metergeräter Steinwaren im Werte von 52 Millionen Kronen ausgeführt. Fünf Jahre später schrumpfte die Menge auf eine halbe Million und der Wert auf 10 Millionen ein. So stehen wir einestheils infolge der schweren Wirtschaftskrise, andererseits infolge der tragischen Auswirkungen der Rationalisierung der Steinindustrie, die viele Hunderte von Menschen einfach über Bord geworfen hat, vor der Notwendigkeit, im Rahmen der Regelung unserer gesamten Wirtschaft auch die Steinindustrie einer grundlegenden Umorganisation zu unterziehen. Man bemüht sich derzeit, die westschlesische Steinindustrie zu kartellieren, um untereinander die mörderische Konkurrenz auszuscheiden.

Die Arbeiterschaft, die bisher die Hauptlast der tragischen Entwicklung zu tragen hatte, erhebt, vom ureigensten Lebensinteresse diktiert, die Forderung, daß über eine solche Zusammenfassung der Staat entschieden muß. Die Industrielassen dürfen nicht glauben, daß eine Kartellierung auf Kosten der Arbeiter vorgenommen werden kann. Die Zeiten sind längst vorbei, wo derartige Maßnahmen von einseitigen Unternehmerinteressen durchgeführt werden können. Dies umsomehr, als heutzutage alle von privater Seite geführten Maßnahmen im Grunde deshalb wirkungslos bleiben müssen, weil das Absatzproblem dadurch überhaupt nicht berührt wird.

vorbereitetes Verzeichnis für den berufenen Stellen vorlegten.

Es ist unsere menschliche Pflicht und eine Staatsnotwendigkeit, daß man in diesen Gebieten, welche heute besonders leiden, weil hier die vollkommen lahmgelagerte Textilindustrie konzentriert ist, mit erhöhten Unterhaltungen aller Art besonders entgegenkommt; insbesondere ist es aber nötig, durch Beschleunigung aller öffentlichen Arbeiten zu helfen, nach welchen das Gebiet heute so dringend ruft. Es ist wie nirgends sonst erforderlich, an alle Mittel zu denken, die zur Belebung der alten Industrie, sowie zu einer Erfindungs- und inneren Konsolidierung führen. Man kann nicht ohne Vorwurf die Art übergeben, in welcher unsere Industrie und ihre Fährnisse das gesamte wirtschaftliche Leben im Gebiet verfallen ließ und die Passivität, mit welcher sie dem heutigen Zustand gegenübersteht.

Als Ministerpräsident Malypetr in seiner Parlamentsrede von der besonderen Notwendigkeit der Hilfe für die Minderheiten sprach, hatte er diese Verhältnisse im Auge. Es darf sich kein anhängiger und sozial fühlender Mensch finden, der unseren bleichen, erschöpften und dabei rührigen und intelligenten Arbeitern im Norden nicht die hilfreiche Hand bieten möchte. Es ist nötig, daß man dem Ministerium für soziale Fürsorge durch Bereitstellung außerordentlicher Mittel eine augenblickliche Nothilfe im größeren Umfang als bisher ermöglicht, es ist aber vor allem nötig, daß in den Betrieben, wo es halbwegs möglich ist, die Produktion durch Gewährung von Krediten und durch andere Mittel genährt und das sofort mit allen öffentlichen Arbeiten in diesem ganzen Gebiet begonnen werde.

Die Heimatfront kneift

Herr Sandner ist nicht zu sprechen

Für kommenden Sonntag hat die Heimatfront in Ries eine Versammlung angemeldet, in welcher der Herr Sandner wieder sein antimarkistisches Sprüchlein aussagen sollte. Die sozialdemokratischen Arbeiter des Bezirkes Ries waren entschlossen, sich diesen Genüß nicht entgehen zu lassen. Von unserer Seite wurde dabei bei der Bezirksbehörde gefordert, daß die Versammlung öffentlich durchgeführt werde. Um Zwischenfälle, wie den in Saaz, zu vermeiden, sollte über Einladung der Bezirksbehörde eine Vereinbarung über die Sicherung eines geordneten Versammlungsverlaufes getroffen werden. Die SHF wollte weder freien Zutritt für die Arbeiter, noch ihre Vertretung im Präsidium, noch eine Stunde Redezeit für den sozialdemokratischen Gegenredner zubilligen. Ihr „höchstes Angebot“ war, daß 35 Sozialdemokraten gnädig die Teilnahme gestattet werden soll. Daraus erschlügen sich die Verhandlungen. Die Versammlung kam nicht zustande und Herr Sandner wird schon wissen, warum seine Rieser Freunde so standhaft ausgekniffen sind.

Der Arbeitsmarkt in Mähren

In den Wintermonaten nimmt die Zahl der Arbeitslosen in Mähren wieder zu, und zwar infolge der Beschränkung des Betriebes in mehreren Unternehmen. Es gibt aber auch viele Unternehmen, die bei Bestimmungsmangel eine größere Menge Erzeugnisse lagernd haben und daher ihre Angestellten entlassen. Die ohnehin schon bedenkende Zahl der Arbeitslosen wird dadurch noch ganz beträchtlich vergrößert.

Die Latta-Werke in Kopřivná, die früher insbesondere an Staatsaufträgen arbeiten, müssen jetzt die Produktion wegen Auftragsmangels beschränken und entlassen weitere 300 Arbeiter. Auch in der armen Gebirgsgemeinde Währ, in der böhmisch-mährischen Hochebene, nimmt die Zahl der Arbeitslosen infolge der Entlassungen in der dortigen Textilfabrik Kottler zu. Die Fabrik, deren Bestel-

lungen in der letzten Zeit stark sanken, entließ 120 Arbeiter, wodurch die Zahl ihrer Angestellten auf die Hälfte des Normalstandes sank.

Ein erfreulicher Umschwung auf dem Arbeitsmarkt wird aus Scheibitz gemeldet. Dort wurde vor einigen Wochen der Betrieb in der Säge des Großgrundbesitzers Königsward vollkommen eingestellt und alle 70 Arbeiter wurden entlassen. Nun wurden die Arbeiten in diesem Sägegewerk wieder aufgenommen und 65 Arbeiter erhielten neuerlich Beschäftigung und Brot. Hoffentlich wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt auch in anderen Gebieten bald bessern.

Franz Faulhammer gestorben

Der alte Sternberger Genosse Franz Faulhammer, ein in ganz Nordmähren bekannter eifriger Funktionär der Arbeiterbewegung, ist Freitag früh einem Schlaganfall erlegen. Faulhammer war seinerzeit leitender Beamter der allgemeinen Arbeiterkrankenkasse und nach deren Auflösung Angestellter der Bezirkskrankenkasse. Seit einigen Jahren war er im Ruhestand. Faulhammer bekleidete einige wichtige Funktionen in der Partei, war außerdem Kassier des Vereines „Arbeiterheim“ in Sternberg und Mitglied der Gemeindeverwaltung. Faulhammer hat seine Parteiarbeit immer sehr ernst genommen; er war allen Genossen ein Beispiel unermüdlicher, gewissenhafter Pflichterfüllung. Auch seine Kinder betätigten sich eifrig in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Das Andenken an Faulhammer wird in der nordmährischen Arbeiterbewegung immer weiterleben. — Die Beerdigung wird am kommenden Sonntag in Olmütz sein.

Tod im Schacht

Am Donnerstag abends gegen 5 Uhr verunglückte der 25jährige Bergmann Benzel Trefny aus Herrlich am „Alexander“ bei Dux. Er war Förderer und beim Ablegen der Hunte beschäftigt. Durch einen unglücklichen Zufall dürfte er zwischen Hantzeug und Hant gekommen und erdrückt worden sein. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Gegen 8 Uhr abends wurde der Leichnam Trefnys aus der Grube geschafft.

Aus der Schule in den Tod

Ein furchtbares Unglück ereignete sich in der Nähe von Tschau bei Brüx. Zwei elfjährige Anaben, Ulrich Koulis und Josef Votavetz, bemerkten auf dem Heimweg aus der Schule, daß eine Pinge, an der sie vorübergehen mußten, mit einer schönen Eisfläche überzogen war. Sofort wurden die Schlittschuhe geholt und in Gemeinschaft mit noch einigen Vorfahren begannen sie den Teich zu überfahren. Dabei stürzten die zwei Anaben in die Pinge, weil sie eine besonders schwache Stelle des Eises eingedrückt hatten. Die beiden Jungen ertranken.

Der Aufg.-Karb.-Lehrerverein — eine Genleinfamilie. Wie wir der Tagespresse entnehmen, spendete der Ausschuss des KLB der „Sudetendeutschen Volkshilfe“ den Betrag von 500 Kč. Damit hat diese Organisation wieder einmal recht deutlich ihre Neutralität gezeigt. Die böhmische Mehrheit des Vereines nimmt wohl von der recht beträchtlichen Anzahl sozialdemokratischer Mitglieder die Vereinsbeiträge, läßt sie aber nicht dorthin, wo über die Vertreibung der von den Mitgliedern eingezahlten Gelder entschieden wird. Die „Sudetendeutsche Volkshilfe“ ist eine ausgesprochene antimarxistische Einrichtung, die ihre Gelder den Genleinhängern zukommen läßt. Wenn die Leitung des KLB das wäre, was sie vorgibt zu sein, könnte sie unmöglich sozialdemokratische Mitgliedsbeiträge zur Bekämpfung der Sozialdemokratie spenden. Die nationalsozialistische Leitung will wahrscheinlich vor ihrem Abgang noch einmal recht deutlich zeigen, daß Sachlichkeit nicht ihre starke Seite ist!

Rufe aus dem bedrohten Norden

Die tschechischen Genossen über die Not in Deutschböhmen
Solidarisches Verlangen nach Hilfe für die deutschböhmen Arbeitslosen

An der Mundfahrt der Parlamentarier durch die Grenzgebiete Krakau—Grottau nahm auch der tschechische Genosse Jaromir Kelaß teil, dessen Bericht das Zentralorgan der tschechischen Partei „Právo Lidu“ Freitag an leitender Stelle veröffentlichte. Wir begrüßen die verständnisvollen Worte des Genossen Kelaß als einen Beweis, daß die tschechische Sozialdemokratie in internationaler Solidarität auch für die Interessen der deutschen Arbeiterschaft und der Arbeitslosen eintritt.

Wir zitieren aus dem Artikel, welcher neben grundsätzlichen Erwägungen auch viele Einzelheiten über die Not in Nordböhmen bringt:

Wir müssen den deutschen Gebieten unserer Republik mehr Aufmerksamkeit widmen. Dienstag, den 8. Jänner, gegen 2 Uhr hat der deutsche Rundfunk die deutsche Bevölkerung bei uns wieder durch umangebrachte Eingriffe in unsere internen tschechoslowakischen Angelegenheiten beunruhigt. Jetzt zeigt sich schon, welcher schwerer Fehler es ist, daß man die dreieinhalb Millionen unserer deutschen Bürger der systematischen Hebe des baltenslawischen Rundfunks ausliefert und daß wie keine eigene selbständige deutsche Station haben. Jeder Tag bringt neue Belege dafür.

Die gesamte tschechoslowakische Öffentlichkeit muß jedoch eine wirksame Unterdrückung und erhöhte Aufmerksamkeit den deutschen Gebieten nicht nur deshalb widmen, weil dort die deutsche Bevölkerung der heftigsten und unmittelbarsten Agitation der baltenslawischen Ausgebe ist, sondern auch aus dem Grunde, daß die Arbeitslosigkeit dort ungewöhnlich hart ist und daß unter ihr auch tschechische Kinder leiden. Von 755.000 Arbeitslosen, welche zu Beginn des Jahres offiziell angeführt wurden,

entfallen mehr als 400.000 auf die deutschen Gebiete unserer Staaten. Frankreich hat jetzt über Arbeitslosigkeit, es hat aber 405.000 Arbeitslose auf einer Fläche von 550.000 Quadratkilometer und unter 42 Millionen Einwohnern. Die deutschen Gebiete unserer Republik haben auf einer Fläche, welche nur ein Zwanzigstel der französischen ausmacht, mehr Arbeitslose als ganz Frankreich. Über diese Tatsachen, welche von der Presse festgehalten werden, können wir nicht ohne Beachtung hinweggehen.

Die deutschen und die tschechischen Arbeiter in diesen Gebieten sind heute in der Mehrzahl auf die Ernährungslücken angewiesen, die ordentlichen Unterhaltungen sind meist erschöpft. Die Zuteilungen vom Ministerium für soziale Fürsorge (Ernährungsfaktoren, Kohle, Kartoffeln, Milch usw.) können freilich bei weitem nicht ausreichen. Die ausgehungerten und erschöpften Arbeiter rufen geradezu verzweifelt nach Arbeit und auf ihre Enquete am 8. Jänner verlangten sie in erster Reihe die Durchführung öffentlicher Arbeiten im ganzen Gebiet, deren sorgfältig

Vom Kampf um die Freiheit der Saar



Zwei Aufnahmen von der Riesenkundgebung der Freiheitsfront am 6. Jänner

